



Antrag

der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP

Energieversorgung sichern – Erdölförderung befristet gestatten

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass Deutschland bedauerlicherweise noch in hohem Maße von fossilen Energieträgern abhängig ist. Die Abhängigkeit von Energieimporten muss mit Blick auf die Energiesouveränität stark verringert werden.

Neben der zwingend notwendigen Ausweitung des Ausbaus Erneuerbarer Energien über die bisher gesetzten Ziele hinaus geht es dabei auch um die Erschließung von Alternativen zum kurzfristigen Bezug fossiler Energieträger.

Der Landtag bittet die Landesregierung, die Anstrengungen des Bundes zur Sicherung der Energieversorgung hinsichtlich der aktuell noch benötigten fossilen Rohstoffe zu unterstützen.

In diesem Zusammenhang wird die Landesregierung gebeten, die vorübergehende Erweiterung der Erdölförderung über die Plattform Mittelplate im Rahmen der bestehenden Regelungen zu unterstützen. Um bei gleichzeitigem Schutz des schleswig-holsteinischen Wattenmeeres die Energiewende nicht zu verzögern, muss gleichzeitig die Förderung von Kohlenwasserstoffen in Schleswig-Holstein befristet und im Gegenzug früher als 2041 beendet werden. Ziel muss es sein, die aktuelle Situation der einseitigen Energieabhängigkeit bei fossilen Brennstoffen zu verringern um eine Brückenversorgung bis zur klimaneutralen Energiegewinnung sicherzustellen.

Begründung:

Die Erdöllagerstätte Mittelplate unter dem Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer ist das größte Vorkommen für die konventionelle Erdölgewinnung in Deutschland. Seit Jahrzehnten leistet die Bohrinselform Mittelplate einen Beitrag zur

inländischen Versorgung. Seit Förderbeginn wurden aus der Lagerstätte knapp 40 Millionen Tonnen Erdöl gefördert. Mit ca. 1 Million Tonnen jährlich fördert die Bohrinselformation über 50 % der Gesamtproduktion in Deutschland. Aktuell bestehende Genehmigungen laufen bis Ende 2041 aus. Vor dem Hintergrund der einseitigen Energieabhängigkeit insbesondere von russischen Rohöllieferungen, ist eine Neuaufstellung der Energiesouveränität dringend geboten.

Seit über 30 Jahren wird auf der Bohrinselformation mitten im Nationalpark und Weltenerbe störungsfrei Erdöl gefördert. Mit moderner Technik und mehrfacher Sicherung in den Arbeitsabläufen wird so in einem hochsensiblen Bereich verantwortlich Erdöl gefördert. Mit Blick auf den russischen Angriffskrieg in der Ukraine sollten auch der schleswig-holsteinische Landtag und die Landesregierung an einer nationalen Kraftanstrengung zur Rohstoffsicherung mitwirken.

Gleichzeitig ist klar, dass der gesetzlich verankerte Schutz des Nationalparks und UNESCO-Weltenerbes Wattenmeer einer einseitigen Ausweitung der Erdölförderung entgegensteht. Um die vorübergehende Erweiterung auch rechtlich zu ermöglichen und die Ziele der Energiewende nicht zu gefährden, ist es notwendig, gleichzeitig ein festes Ausstiegsdatum für die Erdölförderung in Schleswig-Holstein festzulegen. Im Gegenzug zu einer weiteren Förderung von Kohlenwasserstoffen muss daher die Förderung vor 2041 beendet werden.

Lukas Kilian
und Fraktion

Bernd Voß
und Fraktion

Oliver Kumbartzky
und Fraktion